

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kampagne Steuer gegen Armut hat ihren Dialog mit Politikern Ende März mit einem parlamentarischen Abend fortgesetzt, diesmal wurden auch Vertreter der Finanzbranche eingeladen. Die Argumente scheinen inzwischen ausgetauscht und - ohne überheblich wirken zu wollen - wieder war der Auftritt der Vertreter der Finanzwirtschaft nicht besonders überzeugend. Die wichtige Debatte findet derzeit wohl auf internationaler Ebene statt, besonders in der EU. Einen weiteren Erfolg gab es Anfang März: Das Europaparlament hat sich deutlich für eine Vorreiterrolle der EU bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer ausgesprochen. Die EU-Kommission, insbesondere der Steuerkommissar Semeta, muss jedoch weiterhin zum Jagen getragen werden.

Die Kampagne wird sich - direkt als Kampagne und indirekt über ihre Mitgliedsorganisationen - an der bis zum 19. April laufenden Konsultation der EU-Kommission beteiligen. Wer sich nicht durch einen mehrseitigen Fragenkatalog durcharbeiten möchte, sollte sich mit einer neuen [Petition](#) in diesen Konsultationsprozess einbringen. Darüber hinaus gibt es nun bereits zwei erfolgreiche Beispiele für [Stadtratsbeschlüsse](#), die wir anderen Stadträten zur Nachahmung empfehlen.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Erfolg im Europaparlament
- Neue europäische Petition
- Nürnberger Stadtratsbeschluss
- ÖkonomInnenbrief
- Hinweis in eigener Sache

### **Entwicklungen im Inland:**

25. März: Nach einem Gespräch zwischen Privatbankenvertretern, Parlamentariern und Vertretern unserer Kampagne stellt sich für CDU-MdB [Johannes Selle](#) "nach meinem Eindruck heraus, dass es für die Gegenargumente an richtigen Schwergewichten fehlt".

24. März: Deutsche Bank-Vorstandsvorsitzender [Josef Ackermann](#) wartet mit Untergangsszenarien auf, sollte die Finanztransaktionssteuer nur in der Eurozone eingeführt werden.

23. März: Der fraktionsübergreifende Aufruf zur Erreichung des [0,7 %-Entwicklungshilfeziels](#) wird mit der 315. Unterschrift ab diesem Tag von einer Mehrheit der Bundestagsabgeordneten unterstützt (die Unterzeichnung läuft weiter).

17. März: Bundesfinanzminister [Schäuble](#) fordert die EU-Kommission auf, ihre zögerliche Haltung gegenüber der Finanztransaktionssteuer aufzugeben. Die [Einnahmen](#) würde er am liebsten für den nationalen Haushalt verwenden. Eine Verwendung für Klimaschutz oder Entwicklungshilfe wäre aber besser als nichts, meint Schäuble in Hinblick auf den G 20-Vorstoss von Sarkozy.

17. März: Die [Sparkassen](#) setzen auf eine Finanztransaktionssteuer anstelle der Bankenabgabe, so DSGVO-Präsident Heinrich Haasis.

16. März: Bundesfinanzminister [Schäuble](#) setzt auf die Durchsetzung der Finanztransaktionssteuer in

Europa. Der Bundeshaushalt sei aber auch ohne die Einnahmen aus der Steuer gesichert.

3. März: Die [FDP-Bundestagsfraktion](#) will eine Finanztransaktionssteuer in der Euro-Zone nicht mittragen. Im Antrag der Koalitionsfraktionen zur Euro-Rettung sei bewusst von einer EU-weiten Finanzmarktsteuer die Rede.

2. März: Im Gespräch mit Österreichs Kanzler Faymann bekündigt [Bundeskanzlerin Merkel](#), die Finanztransaktionssteuer in Europa auf der Tagesordnung zu halten und in der Eurozone dafür zu werben.

## **Entwicklungen im Ausland:**

31. März: Die [brasilianische Regierung](#) erhöht ihre Steuer auf bestimmte Finanztransaktionen, um damit Kapitalzuflüsse zu bremsen.

29. März: In Brüssel findet ein [Steuer-Forum](#) der EU-Kommission mit Schwerpunkt auf der Besteuerung des Finanzsektors statt. Mit Hinweis auf die laufenden Konsultationen äussert sich die EU-Kommission nicht zur daraus folgenden Bewertung der Finanztransaktionssteuer. Ein legislativer Vorschlag zur Besteuerung der Finanzbranche könne in der zweiten Jahreshälfte, etwa im November 2011, erfolgen.

28. März: Der britische Premier [David Cameron](#) besteht darauf, die Finanztransaktionssteuer sei nur global einzuführen.

24. März: Der Vorsitzende der Eurogruppe [Jean-Claude Juncker](#) äußert sich erneut zur Finanztransaktionssteuer, diesmal auch zur Mittelverwendung: "Sollte es sie eines Tages geben, so sollten die Einnahmen meiner Ansicht nach in die langfristige finanzielle Absicherung der Entwicklungshilfe fließen. Ich hätte aber auch nichts dagegen einzuwenden, Teile davon für die Klimapolitik zu verwenden."

23. März: Die Mehrheit der Bürger in den fünf größten EU-Ländern spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer und die Verwendung der Einnahmen für die Armutsbekämpfung aus, so eine von Oxfam Deutschland in Auftrag gegebene [Meinungsumfrage](#).

21. März: Die frühere chilenische Präsidentin [Michele Bachelet](#) unterstützt den Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung.

18. März: Der Vorsitzende der Euro-Gruppe und luxemburgischer Premier [Jean-Claude Juncker](#) nennt sich einen "dezierten Befürworter der Finanztransaktionssteuer". Die Einführung müsse bei fehlender internationaler Zustimmung auch nur für die EU oder sogar nur für den Euroraum geprüft werden.

16. März: Die [kolumbianische Regierung](#) will ihre nationale Finanztransaktionssteuer bis 2014 beibehalten.

14. März: Nach Angaben des österreichischen Bundeskanzlers [Werner Faymann](#) sei "Unterstützung für eine Finanztransaktionssteuer neben Österreich von Frankreich, Deutschland, Portugal, Spanien, Griechenland, der Slowakei und anderen gekommen".

13. März: EU-Binnenmarktkommissar [Michel Barnier](#) hält die Finanztransaktionssteuer für fair.

12. März: Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Bernhard Gröhs, Partner bei [Deloitte](#), singt ein Loblied auf die Finanztransaktionssteuer.

11. März: Beim [Sondergipfel](#) der Staats- und Regierungschefs der Eurozone wird vereinbart: "Die Staats- und Regierungschefs kommen überein, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Ebene des Euro-Währungsgebiets, der EU und auf internationaler Ebene sondiert und weiter ausgestaltet werden sollte."

8. März: Nach der Abstimmung im Europaparlament kommentiert der zuständige EU-Steuerkommissar [Semeta](#), er halte einen Alleingang der EU bei der Finanztransaktionssteuer für unverantwortlich, solange die Auswirkungen noch nicht voll verstanden seien. Europaparlamentarier [Martin Schulz](#) (SPD) nennt dies einen Affront gegen den erklärten Willen des Parlaments.

8. März: Das [Europaparlament](#) spricht sich mit deutlicher Mehrheit für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus. Sollte es zu schwierig sein, eine derartige Transaktionssteuer auf globaler Ebene einzurichten, sollte die EU sie in einem ersten Schritt auf europäischer Ebene einführen

2. März: Der britische Schauspieler [Bill Nighy](#) wirbt im Guardian für die Robin Hood Tax.

1. März: In einem Aufruf in verschiedenen großen europäischen Tageszeitungen werben [sozialdemokratische Europaparlamentarier](#) für die Einführung der Finanztransaktionssteuer, u.a. im britischen [Guardian](#).

## **Etappenerfolg: EU-Parlament spricht sich klar für eine Vorreiterrolle aus**

Am 7./8. März hat das Europaparlament mehrheitlich in einer Resolution die Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU gefordert und dabei explizit eine Vorreiterrolle angemahnt. Im Bericht zu innovativen Finanzinstrumenten ([Podimata Report](#)) heisst es dazu unter anderem:

*... dass die EU die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene fördern sollte; stellt fest, dass die EU, wenn ihr dies nicht gelingt, als ersten Schritt eine Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene einführen sollte; fordert die Kommission auf, rasch eine Durchführbarkeitsstudie zu erstellen, die davon ausgeht, dass weltweit gleiche Wettbewerbsbedingungen bestehen müssen, sowie konkrete Legislativvorschläge vorzulegen.*

Insgesamt 529 Abgeordnete der Sozialdemokraten, Konservativen, Grünen und Linken haben in der Schlussabstimmung für die Einführung der Finanztransaktionssteuer gestimmt. Der Passus, der explizit auf die Vorreiterrolle der EU anspielte, wurde mit 360 zu 299 Stimmen angenommen.

Der Podimata-Report war nicht der einzige Bericht mit Bezug zur Finanztransaktionssteuer, der an diesem Tag im Europaparlament abgestimmt wurde. Auch im [Joly-Bericht](#) zu Steuerwesen und Entwicklung fordert das Europaparlament mit mehrheitlich

*... die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, deren Einnahmen die Funktionsweise des Marktes durch eine Reduzierung der Spekulationsgeschäfte verbessern und dazu beitragen würden, globale Kollektivgüter wie die Entwicklung und die Bekämpfung des Klimawandels zu finanzieren und Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand zu verringern; fordert die Kommission auf, rasch eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die von weltweit gleichen Wettbewerbsbedingungen ausgeht, und konkrete Legislativvorschläge vorzulegen,*

Beide Berichte sind nicht legislativ wirksam und haben somit nur einen Signalcharakter.

Im Vorfeld der Aktion hatten wir im letzten Newsletter zu einer Online-Petition aufgerufen. Diese war mit mehr als einer [halbe Million Unterzeichnungen](#) ungemein erfolgreich. Herzlichen Dank an alle Unterzeichnerinnen und Unterzeichner!

## **Neuerliche Petition: Die Kommission muss endlich aktiv werden**

Nachdem sich das Europaparlament überraschend deutlich zu einer Vorreiterrolle der EU bekannt hat, kritisierte der Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) diesen Beschluss als unverantwortlich. Der Willen des Parlaments wird somit ignoriert. Ein Scheitern der Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene ist Voraussetzung für eine Einführung der Steuer durch einzelne EU-Mitgliedstaaten im Rahmen einer erweiterten Zusammenarbeit. Dazu müsste die Kommission zunächst einen Vorschlag machen, der vom Europäischen Rat abgelehnt würde. Somit wird durch die Untätigkeit (oder Ignoranz) des zuständigen Kommissars auch eine Eurozonen- oder andere Teilstaatenlösung blockiert.

Die Arbeiterkammer Wien und der österreichische Gewerkschaftsbund haben erneut eine Onlinepetition gestartet, um die EU-Kommission zum Handeln zu bewegen. Wir bitten um Unterzeichnung und Weiterverbreitung dieser Petition.

[Hier geht es zur Petition.](#)

## **Stadt Nürnberg unterstützt offiziell unsere Kampagne**

Mit einer überwältigenden Mehrheit von 68 von 70 Stimmen hat der Stadtrat von Nürnberg beschlossen, die Forderungen der Kampagne Steuer gegen Armut zu unterstützen. Der [Antrag](#) war gemeinsam von SPD, CSU, B90/Die Grünen, der Linken Liste, der ÖDP und den Freien Wählern eingebracht worden. Darin heisst es:

1. Der Nürnberger Stadtrat unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach der Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen. Diese Einnahmen sollten für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden.
2. Der Stadtrat fordert Bundestag und Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu verwirklichen.

Neben Nürnberg hat sich auch die Stadt [Eschweiler](#) bei Aachen bereits im Juni 2010 zu den Zielen unserer Kampagne bekannt.

Wir empfehlen, entsprechende Anträge zur Nachahmung an weitere Stadträte heranzutragen! [Infos](#) dazu auf unserer Kampagnenseite.

## **ÖkonomInnenbrief zur Unterstützung der Kampagnenforderung**

Die internationale Kampagne hat einen Brief entworfen, um Ökonominnen und Ökonomen zur Unterstützung der Finanztransaktionssteuer und zur Finanzierung globaler Angelegenheiten zu gewinnen. Der Brief wendet sich an die Finanzminister der G20 sowie an Bill Gates, unter dessen Leitung eine Expertengruppe innovative Finanzierungsoptionen für Aufgaben der Armutsbekämpfung und Entwicklungszusammenarbeit untersuchen und den G20 vorlegen soll. Die Kampagne hat diesen Brief auch in Deutschland an zahlreiche Ökonominnen und Ökonomen verschickt. Voraussetzung zur Unterzeichnung ist ein Doktor oder Professorentitel.

Die Erstveröffentlichung des Briefs und des Unterzeichnerstands ist für das G20 Finanzministertreffen am 14/15. April 2011 geplant.

Eine (noch zu bereinigende) internationale Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sowie der Brief in englischer Sprache finden sich [hier](#).

## **Hinweis in eigener Sache**

Am 28.11.2010 unterzeichneten einige kirchliche Mitgliederorganisationen der Kampagne "Steuer gegen Armut" gemeinsam mit Oscar Kardinal Rodriguez einen [Aufruf](#) an Bundesregierung und Bundestag. Der Aufruf sprach sich aus für einen Kampf gegen Lebensmittelspekulation, für eine Finanztransaktionssteuer sowie die Verwendung der Mittel für die Bekämpfung von Armut, der Klimawandel-Folgeschäden und die Entwicklungspolitik. Im Nachgang kam es zu [Protesten](#) wegen der Beteiligung von Oscar Kardinal Rodriguez und der Forderung, sich von ihm zu distanzieren. Die Unterzeichner des Aufrufs nehmen eine andere Sichtweise ein (siehe [Kommentar](#)) und bitten darum, ihre Sicht der Dinge zu respektieren.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

[www.steuergegenarmut.org](http://www.steuergegenarmut.org), auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an [finanztransaktionsteuer@attac.de](mailto:finanztransaktionsteuer@attac.de).